

## Stellungnahme

# Das Bundesjugendwerk der AWO fordert: Den durch die Corona-Pandemie verstärkten gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten muss aktiv entgeggetreten werden!

Stand: September 2020

Während der Corona-Hochphase in Deutschland und dem damit verbundenen Lockdown wurden verschiedene bereits bestehende gesellschaftliche und ökonomische Ungleichheiten sichtbarer. Vor allem wurden damit verbundene Ungerechtigkeiten für die Betroffenen noch spürbarer. Im Jugendwerk der AWO vertreten wir unsere zentralen Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Emanzipation nach innen und nach außen. Einige dieser Prinzipien sehen wir während der Krise und den Lockerungen verletzt. Wir fordern schnelle politische Veränderungen!

## Auswirkungen von Corona auf Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche haben keine starke Lobby, da der Kinder- und Jugendbereich schon lange unterfinanziert ist und junge Menschen oft politisch nicht ernst genommen werden. Ihre Meinung wurde in den letzten Monaten kaum gehört und ihrem Verantwortungsgefühl wurde nicht getraut. Ihre Bedürfnisse standen immer hinter denen des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“: Beim Lockdown, bei den Lockerungen, beim Konjunkturpaket und anderen Kompensationsmaßnahmen. Kinder wurden als Objekte, als Risikofaktoren betrachtet. Ihre Rechte und Bedürfnisse, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention<sup>1</sup> dargelegt sind, wurden missachtet: Sie wurden nicht gefragt, und in sie betreffende Entscheidungen nicht eingebunden. Das Kindeswohl hatte keinen

<sup>1</sup> [https://www.awo.org/sites/default/files/2019-07/AWO\\_UN\\_Kinderrechte\\_Leichte%20Sprache\\_Ansicht.pdf](https://www.awo.org/sites/default/files/2019-07/AWO_UN_Kinderrechte_Leichte%20Sprache_Ansicht.pdf),  
<https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention-im-wortlaut/>

Vorrang bei getroffenen Entscheidungen. Die steigende Kinderarmut durch die Folgen der Corona-Krise, wegfallende Mahlzeiten, zu geringer Wohnraum und daraus resultierende häusliche und Corona-bedingte Gefahrensituationen wurden und werden kaum benannt und nicht politisch bearbeitet.<sup>2</sup>

Insbesondere für Kinder, Jugendliche und Frauen bedeutete die steigende häusliche Gewalt während des Lockdowns ein großes Risiko für die körperliche und psychische Unversehrtheit.<sup>3</sup> Während öffentlich darüber diskutiert wurde, wann endlich wieder – die Fußballbundesliga spielen darf, waren Konzepte für den vorsichtigen Weiterbetrieb von Frauenhäusern, Jugendtreffs, Kinderhorten etc. kein Thema. Diese wurden geschlossen oder es gab Aufnahmestopps. Gerade in der Krisenzeit wurde deutlich, welche gesellschaftlichen Gruppen die größere Macht haben und ihre Wünsche in die Maßnahmen zur Krisenüberbrückung und in die Lockerungspläne einbringen konnten. Zugänge zu regelmäßigen Corona-Tests sind zum Beispiel für die Bundesliga machbar, für Kindergärten nicht. Dabei wird das Recht auf Bildung und ungestörte Entwicklung der Kinder nicht wertgeschätzt und aus ökonomischer Perspektive die zukünftigen Kosten durch verpasste Entwicklungs- und Bildungschancen nicht eingepreist.

Für Kinder und Jugendliche sind krisenhafte Zustände in ihrer persönlichen Entwicklung besonders prägend. Sie sind auch daher besonders schützenswert. Nicht alle Kinder und Jugendliche sind in stabile Verhältnisse hineingeboren worden und haben das Glück in sowohl finanziell gut ausgestatteten, als auch sie stärkenden Familien aufzuwachsen. Auch in Zeiten von Krisen muss diesem Umstand besonders Rechnung getragen werden. Hier kam es aber stattdessen zu einer Verstärkung der ungleichen Bildungschancen, weil nicht alle Schüler\*innen die passende technische Ausstattung und Unterstützung beim Lernen zu Hause hatten.<sup>4</sup> Die Teilhabe aller muss auch jetzt im Fokus stehen anstelle der schnellen Rückkehr zur Normalität für einige. Ein einmaliger

---

<sup>2</sup> [https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/200608\\_Studie\\_Corona\\_Kinderland.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/200608_Studie_Corona_Kinderland.pdf)

<sup>3</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/haeusliche-gewalt-corona-101.html>

<sup>4</sup> [https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/200608\\_Studie\\_Corona\\_Kinderland.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/200608_Studie_Corona_Kinderland.pdf)

Bundesjugendwerk der AWO e.V. • Michaelkirchstr. 17/18 • 10179 Berlin

Kinderbonus wie im Konjunkturpaket vereinbart, der nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird, ist hier ein guter Anfang, aber längst nicht ausreichend.

Kinder und Jugendliche sind Menschen mit eigenen Rechten, die denen anderer Personen nicht untergeordnet werden dürfen. Kinder und Jugendliche gestalten ihre Umwelt mit und übernehmen Verantwortung für sich und andere, das haben sie gerade auch in der Krise durch solidarisches Verhalten und Unterstützungsaktionen gezeigt. Sie sind bereits jetzt und noch lange ein bedeutender Teil unserer Gesellschaft, ihr Wohlergehen und die Erfüllung ihrer Bedürfnisse sollte höchste Priorität haben. Solidarität von Kindern fordern, aber ihre Rechte zu missachten, ist ungerecht und unsolidarisch!

**Deshalb fordern wir bei allen Lockerungen, bei potentiellen erneuten Lockdowns, sowie insgesamt gesellschaftlich,**

- **dass das Kindeswohl bei Entscheidungen Vorrang hat,**
- **dass ein Auffangen der sich verstärkenden Bildungsungerechtigkeit durch die Schul- und Kitaschließungen mittels erweiterter Betreuung und kostenloser Extra-Kurse ermöglicht wird, allerdings ohne den jungen Menschen ihre gesamte Freizeit zu rauben,**
- **dass die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit auf allen Ebenen auskömmlich finanziert wird (verbesserte Stellenfinanzierung, Erhöhung der Teilnehmendenpauschalen), um auch unter den besonderen Bedingungen ihre wichtige Arbeit so gut es geht wieder aufnehmen zu können. Hier werden jungen Menschen notwendige Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten geboten!**

### **Auswirkungen von Corona auf Familien und Frauen**

Auch weiblich sozialisierte Menschen sind eindeutige Verliererinnen der Krise. Vielen schien zum ersten Mal bewusst zu werden, dass die „systemrelevanten Berufe“ im

Bundesjugendwerk der AWO e.V. • Michaelkirchstr. 17/18 • 10179 Berlin

Gesundheitswesen und Einzelhandel vor allem von Frauen in unterbezahlten Jobs ausgeführt werden. Arbeit, die typischerweise von Frauen geleistet wird, wird seit jeher geringer vergütet.<sup>5</sup> Gerade ihre Arbeit ist aber nicht nur in der akuten Corona-Krise für uns alle von höchster Bedeutung und muss dementsprechend vergütet werden.

Neben der bezahlten Pflegearbeit übernehmen Frauen auch den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit zu Hause. Das war bereits ohne Corona so und wird zu wenig wertgeschätzt. Dieser Anteil ist durch die Corona-bedingten Einschränkungen noch größer geworden, da Frauen hier hauptsächlich die Schul- und Kita-Schließungen auffangen und noch auffangen. Sie haben das Lernen zu Hause unterstützt und die Betreuung jüngerer Kinder sowie den Großteil der Hausarbeit übernommen.<sup>6</sup> Sie haben das oft neben dem Homeoffice geleistet oder sind bei der Lohnarbeit kürzer getreten. Gerade Frauen finden sich also insgesamt wieder vermehrt in der Sorgearbeit wieder, die Geschlechterungerechtigkeit nimmt zu.

Inzwischen haben Ladengeschäfte und Restaurants offen, das Erwerbsleben soll wie vor der Krise funktionieren, aber es laufen noch immer nicht alle Kitas wieder im Regelbetrieb, weil nicht genug Personal und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden (können) und auch Schulunterricht kann nicht normal stattfinden. Viele erwerbstätige Eltern haben während des Lockdowns Urlaub nehmen müssen und stehen deshalb aktuell weiterhin unter Druck. Die endgültigen Folgen in Bezug auf verschärfte Unterschiede in Erwerbs- und Rentenverläufen nach Geschlecht sind noch nicht abzusehen.

---

<sup>5</sup> <https://www.zeit.de/arbeit/2018-06/gehaltsunterschiede-frauenberufe-loehne-gender-pay-gap>

<sup>6</sup> [https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona\\_Studie/2020-04-](https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/2020-04-05_Schwerpunktbericht_Erwerbstaetigkeit_und_Kinderbetreuung.pdf)

[05\\_Schwerpunktbericht\\_Erwerbstaetigkeit\\_und\\_Kinderbetreuung.pdf;](https://www.tagesspiegel.de/politik/rollenverteilung-in-coronavirus-zeiten-mehr-hausarbeit-und-kinderbetreuung-frauen-tragen-die-last/25810728.html)

<https://www.tagesspiegel.de/politik/rollenverteilung-in-coronavirus-zeiten-mehr-hausarbeit-und-kinderbetreuung-frauen-tragen-die-last/25810728.html>

## Wir fordern

- **Kompensationsmaßnahmen im Rentensystem und bezahlten Sonderurlaub für Eltern, die Corona-bedingt die Kinderbetreuung übernommen haben,**
- **flexible Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Eltern, die dadurch länger als geplant aus dem Berufsleben aussteigen mussten und**
- **mittelfristig die Abkehr von der Vollzeitnorm, um eine gleichberechtigte Verteilung der familiären Sorgearbeit zu ermöglichen.**

## Auswirkungen von Corona auf das Arbeitsleben

Während der Krise wurden zudem Ungerechtigkeiten im Arbeitsleben der Menschen deutlicher: Manche Berufsfelder erforderten trotz Corona physische Treffen oder diese wurden schlicht von den Arbeitgeber\*innen eingefordert. Andere ermöglichten es, sich zu Hause in Sicherheit zu befinden. Letzteres galt besonders für akademische Berufe, während ersteres vor allem auf handwerkliche, pflegende und im Einzelhandel angesiedelte Berufe zutraf.<sup>7</sup> Die hier Angestellten haben sich größeren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und haben die sich ständig wandelnden Bedingungen und verlängerten Arbeitszeiten bei schlechter Bezahlung<sup>8</sup> auf sich genommen. Das alles war kräftezehrend. Dabei ging es auch um eine ungleiche Verteilung von gesundheitlichen Risiken. Die Angestellten in diesen Bereichen wurden beklatscht und Verbesserungen der Bezahlung wurde von verschiedenen Seiten gefordert.<sup>9</sup> Diese müssen jetzt auch umgesetzt werden, über die Branchen hinweg. Die einmalige Bonuszahlung kann die systematische Unterbezahlung der systemrelevanten Berufe nicht korrigieren. Die Arbeitsbereiche in der Landwirtschaft sind nochmal gesondert hervorzuheben, da hier aufgrund der Arbeitsbedingungen und Unterbringung der Arbeitsmigrant\*innen deren

---

<sup>7</sup> Für die Schweiz: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1118468/umfrage/erwerbstaetige-im-home-office-waehrend-der-corona-krise-in-der-schweiz-nach-taetigkeit/>

<sup>8</sup> <https://de.statista.com/infografik/21199/jahresbruttogehaelter-in-ausgewaehlten-systemrelevanten-berufen/>

<sup>9</sup> <https://www.kma-online.de/aktuelles/pflege/detail/pflegeberufe-nach-corona-krise-besser-bezahlen-a-43051> , <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/coronakrise-mehr-geld-fuer-pflegkraefte-wer-soll-das-bezahlen-a-c4f9355d-3b07-4804-9797-c2f7a5bfb040> , <https://www.tagesschau.de/inland/erster-mai-dgb-101.html>

Gesundheit besonders gefährdet wurde und wird. Während niemand mehr reisen durfte, wurden Erntehelfer\*innen extra aus Rumänien eingeflogen. Dass sie sich dabei in großen Menschenmengen sehr nahe kommen<sup>10</sup>, war in Anbetracht des Wunsches nach billigem Spargel für die deutsche Gesellschaft hinnehmbar, denn hier waren nicht genug Menschen bereit unter den schlechten Bedingungen und für geringen Lohn in der Spargelernte zu arbeiten. Ein anderes Beispiel sind die deutschen Schlachtbetriebe mit ihren schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen<sup>11</sup>.

### Wir fordern

- sichere Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen unabhängig vom Aufenthaltsstatus sowie gesicherte Gesundheitsversorgung, auch in Krisenzeiten,
- besondere Anerkennung der Leistung derjenigen, die in der Krise nicht zu Hause arbeiten konnten, über die Krise hinaus,
- dauerhaft eine deutlich bessere Bezahlung in Landwirtschaft, sozialen Berufen und Einzelhandel.

### Brennglas für gesellschaftliche Missstände

In allen genannten Bereichen gilt: Wer schon vor Corona in prekären Verhältnissen gelebt oder gearbeitet hat, wurde von der Krisensituation besonders stark getroffen. Wer währenddessen Hoffnungen hatte, dass dies sich nach oder durch Corona ändern könnte, wurde bisher enttäuscht. Eine Gesellschaft, die so organisiert ist, dass in der Krise Biergärten vor Kindergärten öffnen dürfen und müssen, ist falsch organisiert.

Die Systemfrage stellt sich durch Corona unweigerlich: Als „systemrelevante Berufe“ wurden Tätigkeiten in notwendigen Bereichen des täglichen Lebens und der

<sup>10</sup> <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/ziel-baden-baden-berlin-und-duesseldorf-1800-rumaenische-erntehelfer-warteten-in-massenansammlung-auf-flieger/25735124.html>

<sup>11</sup> <https://www.dw.com/de/europ%C3%A4ische-fleischindustrie-als-corona-infektionsherd/a-53955048>

Daseinsvorsorge bezeichnet. Im Zentrum dieses Systems standen also die Menschen. Im Fortlaufen der Krise wurden auch zahlreiche nach dieser Definition nicht systemrelevante Bereiche durch große Rettungsschirme aufgefangen, weil das System auch dauerhafte Gewinnsteigerungen vorsieht, damit es nicht in sich zusammenfällt. Nach der gleichen Logik wurden ökonomische Verluste immer in Entscheidungen über Schließungen und Lockerungen zentral einbezogen.<sup>12</sup> Deshalb öffneten auch Bundesliga und Freizeitparks vor Grundschulen und Kitas. Trotz staatlicher Rettung und Kurzarbeit zahlen Unternehmen Boni und schütten Dividende aus<sup>13</sup>.

Etwas läuft schief, wenn die Pflicht, Gewinn zu machen, bedeutender ist als das Wohlergehen wirklich aller Mitglieder der Gesellschaft und wenn die systemrelevanten Berufe am geringsten bezahlt werden, weil das System ihre Relevanz nicht (an)erkennt.

## Fazit

Das Jugendwerk der AWO sieht hier einen dringenden Veränderungsbedarf. Deshalb steht in unseren Leitsätzen: „Wir setzen unsere Ziele Emanzipation und Solidarität gegen Ökonomisierung und Vereinzelung.“<sup>14</sup> In der Corona-Krise wurde Solidarität gefordert und gelebt. Menschen waren füreinander da und blieben zum Schutz der anderen zu Hause, auch im Jugendwerk. Wir fordern aber ebenso ökonomische Solidarität: Unternehmen, die durch Corona große Gewinne gemacht haben, sollten erhöhte Abgaben zahlen, mit denen Unterstützungsprogramme für Kleinstbetriebe und andere gesellschaftliche Bereiche wie die Kinder- und Jugendarbeit finanziert werden können.

---

<sup>12</sup> <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-westblick-aktuell/audio-einfluss-der-wirtschaft-auf-corona-lockerungen-100.html>, Beispiel Stufenplan Niedersachsen: <https://www.niedersachsen.de/Coronavirus/neuer-alltag-mit-dem-coronavirus-188010.html>

<sup>13</sup> <https://www.merkur.de/politik/corona-bmw-bayern-soeder-dividende-quandt-abwrackpraemie-neuwagen-autopraemie-kaufpraemie-e-mobilitaet-zr-13764054.html>, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/corona-kredite-moegliche-bonuszahlungen-trotz-staatshilfen-sorgen-fuer-kritik/25847046.html?ticket=ST-16237296-gLYiNvtN6O5TbsndbuVz-ap6>

<sup>14</sup> Leitsätze:

[https://www.bundesjugendwerk.de/fileadmin/Leitsaetze\\_Satzung\\_Statut/Anlage\\_1\\_Leitsaetze\\_Jugendwerk\\_2016.pdf](https://www.bundesjugendwerk.de/fileadmin/Leitsaetze_Satzung_Statut/Anlage_1_Leitsaetze_Jugendwerk_2016.pdf)

Es dürfen keine Boni gezahlt oder Dividende ausgeschüttet werden, wenn krisenbedingt irgendeine Art staatlicher Unterstützung in Anspruch genommen wurde. Die heutigen Gewinne von Unternehmen und vermögenden Einzelpersonen dürfen nicht über Steuerzahler\*innen von morgen finanziert werden. Die Kosten der Krise müssen auch von Kapitaleigentümer\*innen und nicht primär von Arbeitnehmer\*innen getragen werden.

Langfristig gesehen zeigt die Krise, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem eben nicht krisenfest ist. Unternehmen kommen nicht ohne staatliche Hilfe aus und durch kapitalistische Logik werden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten verschärft. Die Arbeit des Jugendwerks hingegen „[...] basiert auf den Grundsätzen des Demokratischen Sozialismus. Darunter verstehen wir, dass Kinder und Jugendliche in die Lage versetzt werden sollen, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens aktiv mitzuwirken und ihre Interessen und Rechte wahrzunehmen“ (Grundsatzprogramm des Jugendwerks der AWO).<sup>15</sup> In der Krise und darüber hinaus setzen wir uns vor allem für Kinder und Jugendliche in Armut ein, um gesellschaftliche Ungerechtigkeiten aufzufangen und auszugleichen.

**Wir fordern,**

- **eine Kindergrundsicherung,**
- **ökonomische Solidarität,**
- **eine Demokratisierung der Wirtschaft,**
- **dass unsere wichtige Arbeit als Jugendverband finanziell sicher getragen wird – jetzt und in der Zukunft,**
- **dass zukünftig der Fokus unserer Arbeit auf finanziell schlechter gestellte Kinder und Jugendliche überflüssig wird, weil Kinderarmut keine Rolle mehr spielt.**

---

<sup>15</sup> Grundsatzprogramm:

[https://www.bundesjugendwerk.de/fileadmin/user\\_upload/Texte/jw\\_grundsatzprogramm\\_2012.pdf](https://www.bundesjugendwerk.de/fileadmin/user_upload/Texte/jw_grundsatzprogramm_2012.pdf)



**Dafür setzen wir uns tagtäglich ein und fordern entsprechende politische Entscheidungen auf den unterschiedlichen Ebenen.**

**Kontakt:**

Bundesjugendwerk der AWO e.V.

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

[info@bundesjugendwerk.de](mailto:info@bundesjugendwerk.de)

030 2592728-50

*Das Bundesjugendwerk der AWO e.V. ist der eigenständige Kinder- und Jugendverband der Arbeiterwohlfahrt, der seine Aufgaben vor allem in der außerschulischen Bildung und der politischen Interessenvertretung sieht. Es besteht aus Bezirks- und Landesverbänden und ist anerkannter Träger der Jugendhilfe sowie Mitglied im Deutschen Bundesjugendring. In der Arbeit des Bundesjugendwerks stehen vor allem die verschiedenen Lebenslagen, Interessen und Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund.*